Bestimmungen betreffend die Verwaltung der Stiftung
des Herrn Franz Schott vom 5. 4. 1876

§ 1

Die nach der letztwilligen Verfügung des Herrn Franz Schott vom 8. Februar 1874 durch den Stadtvorstand ernannte Kommission hat zu bestimmen, in welcher Weise den Absichten des Stifters gemäß die Erträgnisse der Stiftung zur Pflege der Musik zu verwenden sind. Über diese zu fassende Bestimmung hat die Kommission ein von ihren Mitgliedern zu unterzeichnendes Protokoll aufzunehmen und solches der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme zuzustellen.

§ 2

Die Kommission wird zum erstenmal auf die Dauer der laufenden Wahlperiode der Stadtverordneten-Versammlung und nach deren Ablauf auf je drei Jahre ernannt, und aus den jeweiligen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung erneuert, wobei austretende, aber in der Stadtverordneten-Versammlung verbleibende Mitglieder wieder wählbar sind.

Die Beschlußfähigkeit der Kommission erfordert die Anwesenheit von wenigstens drei Mitgliedern, jedoch müssen zwecks der in § 1 zu treffenden Bestimmungen alle Mitglieder anwesend sein.

Tritt während der Wahlperiode ein Mitglied aus der Kommission aus, so wird an dessen Stelle sofort durch die Stadtverordneten-Versammlung ein anderes erwählt.

§ 3

Die Kommission hat die Verwendung der Erträgnisse der nach § 1 festgelegten Bestimmungen gemäß in das Werk zu setzen und zu überwachen. Die auf die Ausführung derselben bezüglichen Beschlüsse, insbesondere die Anstellung eines städtischen Kapellmeisters oder von Lehrern an einer Musikschule, unterliegen der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung.

§ 4

Die Verwaltung des Stiftungsvermögens selbst findet unter Aufsicht der Kommission durch die betreffenden städtischen Beamten statt.

Alle darauf bezüglichen Abschlüsse von Verträgen, alle auf die Unterhaltung des Stiftungsgebäudes bezüglichen

Ausgaben hat die Kommission zu beschließen.

Die Kommission hat alljährlich und rechtzeitig vor Aufstellung des städtischen Rechenschaftsberichtes und Voranschlag Rechnung über die Verwaltung des vorhergehenden Rechnungsjahres zu stellen und einen Voranschlag über das folgende Jahr der Bürgermeisterei einzureichen, damit beide gemeinschaftlich mit dem Rechenschaftsbericht und Voranschlag über den städtischen Haushalt, in welchen dieselben aufzunehmen sind, zur Verhandlung und Beschlußfassung durch die Stadtverordneten-Versammlung kommen.

Für das laufende erste Jahr 1876 und die für dieses sich ergebenden Erträgnisse der Stiftung, wie deren Verwendung soll die Kommission sofort einen Voranschlag aufstellen und solchen der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung unterbreiten.

§ 5

Die Kommission hat unter dem Vorsitze des Bürgermeisters als ständigem Mitgliede über ihre Verhandlungen ein Protokollbuch zu führen, zu dessen Aufnahme der städtische Sekretär beigezogen wird. Das Protokoll wird von den anwesenden Mitgliedern und dem Sekretär unterzeichnet.

So auf Vorschlag und im Einvernehmen mit der Kommission beschlossen und aufgenommen in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. April 1876.

Mainz, den 5.4.1876
Bürgermeisterei Mainz

Wallau